

**D4** Der Bundesverband Campusgrün - grün-alternativer Hochschulgruppen lehnt den Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP ab.

Gremium: CampusGrün Hamburg + Grüne Hochschulgruppe Frankfurt am Main  
Beschlussdatum: 03.12.2021  
Tagesordnungspunkt: 10.2. Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

1 Als Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen können wir es nicht  
2 unkommentiert billigen, wenn der gemeinsame Koalitionsvertrag von Bündnis 90/DIE  
3 GRÜNEN, SPD und FDP das faktische Aufgeben des 1,5°-Ziels [0],  
4 Exzellenzuniversitäten, Rückführungsoffensiven, Schuldenbremse, HartzIV, eine  
5 Absage an notwendige Umverteilung und absolute Ignoranz in der Mietenfrage  
6 beinhaltet. Deshalb lehnen wir den Koalitionsvertrag ab.

7 Entgegen der in der Öffentlichkeitsarbeit von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie der  
8 veröffentlichten Meinung herrschenden Deutung der Wahlergebnisse (bzw.  
9 insbesondere des zwischenzeitlichen grünen Umfragehochs) wissen wir: Die  
10 Zustimmung zu den GRÜNEN hat wenig mit den politischen Schaukämpfen der  
11 Partieliten zu tun, sondern ist der in den letzten Jahren starken  
12 Ökologiebewegung (v.a. FFF und den Waldbesetzungskämpfen) zu verdanken. Und  
13 auch, wenn die GRÜNEN schon längst keine Partei mehr mit Verwurzelung in den  
14 sozialen Bewegungen sind, wäre es absolut notwendig gewesen, diesen  
15 gesellschaftlichen Druck parlamentarisch abzusichern. Einer stärkeren  
16 Priorisierung der ökologischen Frage standen auch die möglichen  
17 Spitzenkandidat\*innen im Weg: Eine Außenpolitikerin und ein liberaler Philosoph  
18 sind leider keine besonders authentischen Protagonist\*innen in einem  
19 Klimawahlkampf. Ironischerweise hat damit gerade der Kanzler\*innenamtswahlkampf  
20 die Möglichkeiten auf das Kanzler\*innenamt verbaut. Aber auch im Anschluss wäre  
21 wenigstens noch Schadensbegrenzung möglich gewesen: Die GRÜNEN hätten - anstatt  
22 mit SPD und FDP auf Kuschelkurs zu gehen - frühzeitig klarmachen müssen, dass  
23 eine Koalition, die das 1,5°-Ziel nicht halten kann, ausgeschlossen ist.

24 Diese taktischen Fehler rächen sich jetzt:  
25 Im Koalitionspapier wird ausdrücklich vermieden, der Klimakrise den Kampf  
26 anzusagen. So ist "idealerweise" (also: nicht verpflichtend) ein Kohleausstieg  
27 bis 2030 geplant, gleichzeitig soll die schädliche Erdgasinfrastruktur ausgebaut  
28 werden. Des Weiteren ist kein Ausstieg aus dem Verbrennermotor bis 2030  
29 vorgesehen, kein Ende klimaschädlicher Milliardensubventionen, kein Tempolimit -  
30 und eine angestrebte Klimaneutralität ab 2045 ist viel zu spät. Hinzu kommt,  
31 dass selbst die wenigen Ziele mit dem Festhalten an der Schuldenbremse nur  
32 schwer verwirklicht werden können. Vor diesem Hintergrund stimmen wir Fridays  
33 For Future zu, wenn sie sagen: »Mit ihren vorgelegten Maßnahmen entscheiden sich  
34 die drei Parteien bewusst für eine weitere Eskalation der Klimakrise« (Spiegel).  
35 Auch in unserem Grundsatzprogramm stellen wir uns gegen jenes "Propagieren einer  
36 sog. green economy" als Stütze der "vorherrschenden kapitalistischen  
37 Verwertungslogik", wie sie die Ampel anstrebt.

38 Aber auch die vor allem vom "Realo"-Flügel propagierte Logik, dass das  
39 Verhandlungsergebnis insgesamt stimmen müsse und 'rote Linien' dafür schädlich  
40 seien, blamiert sich an der Realität. Dies wollen wir neben der bereits  
41 ausgeführten ökologischen Frage an einigen weiteren Aspekten deutlich machen:

42 1. Wissenschaft.

43 Die Regierungskoalition möchte den Wissenschaftsstandort "wettbewerbsfähiger"  
44 machen. Dafür werde sie die "bewährte Exzellenzstrategie" an Hochschulen mit  
45 neuen Clustern weiterführen (während die Grundfinanzierung um nur 0,3 Prozent  
46 steigen soll, was noch nicht mal der Inflationsrate gerecht wird). Auch solle  
47 das "soziale Unternehmertum" an Hochschulen gefördert werden. Diese Maßnahmen  
48 treiben die konkurrenzbehaftete Neoliberalisierung der Hochschulen noch weiter  
49 als bisher voran - und sind somit nicht in Einklang mit unserem  
50 Grundsatzprogramm zu bringen. Dieses sieht "Wissenschaft und Forschung dem  
51 Gemeinwohl verpflichtet" wofür es eine ausreichende "Grundfinanzierung" als  
52 notwendig erachtet. Damit lehnt es "Profitinteressen" sowie  
53 "Wettbewerbsorientierung" im Zusammenhang mit Hochschulen ab.

54 2. Soziales.

55 Die Besitzenden können aufatmen: sie werden genauso geringe Steuern wie bisher  
56 zahlen, wodurch das Vermögen der Reichen immer weiterwächst. Währenddessen soll  
57 der Mindestlohn einmalig (um einen Euro mehr als ohnehin schon geplant war)  
58 steigen - und das auch erst ab dem Jahr 2022. Es sollen 400 000 neue Wohnungen  
59 gebaut - von denen nur 1/4 Sozialwohnungen sind, und der Rest für den freien  
60 Markt verfügbar gemacht wird. Das HartzIV-Konzept ändert sich nur minimal, trägt  
61 jetzt jedoch den hippen Namen "Bürgergeld". Das Pflegepersonal bekommt einen  
62 einmaligen Zuschuss - "höhere Löhne" sind zwar erwähnt, aber nicht wann und in  
63 welchen Dimensionen. Umverteilung/Enteignung mit dem Ziel einer "freie[n] und  
64 solidarische[n] Gesellschaft", wie wir sie anstreben, sieht anders aus!

65 3. Internationalismus.

66 Laut Koalitionsvertrag soll vorrangig eine »Rückführungsoffensive« (sprich:  
67 Abschiebungen) gestartet werden. Außerdem sei "reguläre Migration zu  
68 befürworten". Demnach wird Flucht nicht als "regulär", also als abzulehnen  
69 verortet. Eine offene, internationale "Willkommenskultur" sieht anders aus. Auch  
70 wolle man die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen ermöglichen. Der  
71 Sicherheitsstaat Deutschland wird ausgebaut und somit solidarischen  
72 internationalen Kooperationen den Kampf angesagt. Dementgegen vertreten wir den  
73 Grundsatz, dass "eine Rückkehr zur Isolation und Nationalismus [...] lediglich  
74 von Problemen ab[lenkt] und [...] diese nur noch größer werden [lässt]".  
75 Stattdessen müsse "allen Menschen [...] die Mitgestaltung dieser Gesellschaft  
76 ermöglich[t]" werden.

77 An diesen ausgewählten Kritikpunkten wird bereits deutlich, dass vom Vorsatz der  
78 Ampel "das Land besser zu machen" (Scholz) der Großteil der Gesellschaft  
79 (national sowie international) nicht profitieren wird. Dabei wollen wir  
80 selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser auch manche  
81 kleinere Erfolge birgt (bspw. Wahlalter ab 16, Cannabis-Legalisierung,  
82 Abschaffung des Transsex.-Gesetz, Abschaffung §219a). Diese progressiven  
83 Elemente dürfen jedoch nicht dafür genutzt werden, die schädlichen Seiten der  
84 Koalition in den Hintergrund zu drängen. Was uns bleibt, ist also - genau wie zu  
85 Zeiten der GroKo - jeden kleinsten Unterdrückungsmechanismus der Regierenden zu  
86 kritisieren und mögliche Alternativen zu diesen aufzuzeigen. In und mit diesem  
87 Vorhaben wollen wir auch "Bewegungen von unten" stützen!

88 [0] <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studie-klimaziele-ampel-101.html>

## Begründung

Begründung s. Antrag/folgt mündlich